

## **GJH Goes Kommunal – Vor Ort Geht Mehr!**

### **Das Programm der GRÜNEN JUGEND HESSEN zur Kommunalwahl 2016**

Hessens Gemeinden, Städte und Kreise machen unser Land aus. Hier werden Beschlüsse gefasst, die unmittelbare Auswirkungen auf die Einwohner\*innen haben. Kommunalpolitik ist die Politik, die direkt sichtbar und zum Anfassen ist. Gerade hier müssen alle Bürger\*innen mitbestimmen können. Doch immer noch können Menschen in Hessen unter 18 Jahren nicht mitentscheiden. Daher fordern wir eine Herabsetzung des Wahlalters auf 14 Jahre. Nur so kann es eine Bewusstseinsänderung in der Kommunalpolitik geben und auch die Meinung von jungen Menschen in kommunalen Parlamenten repräsentiert werden. Unsere Kommunen stehen vor großen Herausforderungen, besonders finanzieller Natur. Dies soll den Gestaltungsspielraum der Kommunen jedoch nicht untergraben.

Als Grüne Jugend Hessen wollen wir uns an den programmatischen Diskussionen und Entscheidungen beteiligen, wie wir dies bereits vielerorts tun. Uns ist es wichtig, dass junge Leute politisch aktiv sind. Wir sind davon überzeugt, dass politisches Engagement vor der eigenen Haustür das Fundament unserer Demokratie darstellt. Gerade aus sozialer, kultureller und ökologischer Sicht braucht es starke, junge Grüne in den Kommunalparlamenten.

#### **DEMOKRATIE**

Für mehr politische Teilhabe auf kommunaler Ebene!

Wer vor Ort lebt, sollte auch mitentscheiden und mitgestalten können, gleich ihrer\*seiner Herkunft, Alter und Geschlecht. Jugendliche und junge Erwachsene sind Expert\*innen ihrer eigenen Situation, sie können die Lebensbedingungen junger Menschen auf kommunaler Ebene am besten beurteilen und Verbesserungen anregen. Die Senkung des aktiven Wahlalters auf 14 Jahre und des passiven Wahlalters auf 16 Jahren wäre ein sehr wichtiger Schritt hin zu mehr Jugendbeteiligung. Wir fordern daher die grünen Landtagsabgeordneten und Regierungsmitglieder dazu auf, eine entsprechende Änderung der Hessischen Gemeindeordnung im Landtag vorzuschlagen und zur Abstimmung zu bringen. Jedoch sind auch weitere Maßnahmen erforderlich. Auch weiterhin müssen vielfältige Beteiligungsformate praktiziert werden, um Kinder und Jugendliche frühzeitig an Entscheidungen zu beteiligen. Jugendgemeinderäte brauchen auch in Zukunft die Unterstützung der Kommunalpolitik. So muss das Rede- und Antragsrecht der Jugendlichen zum Standard werden. Zugangsbarrieren müssen abgebaut und Jugendliche gestärkt und befähigt werden, sich und ihre Ideen auf kommunaler Ebene einbringen zu können.

Beschlossen auf der Sonder-Landesmitgliederversammlung der GJH am 22. August 2015 in Frankfurt am Main.

Ein Mitbestimmungsrecht auch für Einwohner\*innen, die keine deutsche oder EU-Staatsbürgerschaft haben, ist uns besonders wichtig. Sie müssen mehr im politischen Prozess gehört werden. Nur so kann sichergestellt werden, dass die Kommune weltoffen ist und eine Heimat für Menschen aus allen Teilen der Welt sein kann. Als Beitrag zur politischen Bildung der Bürger\*innen fordern wir Livestreams von Sitzungen der Kommunalparlamente sowie Kommunalinformationssysteme.

## VIELFALT

Für mehr Vielfalt und Gleichstellung in allen Bereichen der Kommune!

Die GRÜNE JUGEND Hessen fordert mehr Aufklärung über rechtsextremes Gedankengut, Zivilcourage vor Ort und eine integrative Asylpolitik. In Kommunen ist viel Platz für Menschen unterschiedlicher Herkunft und Religionen sowie verschiedener sexueller Orientierung. Faschistische und rechtsextremistische Gegner\*innen von Toleranz, Freiheit und Vielfalt haben jedoch keinen Platz verdient!

Bunte Proteste gegen Rechts müssen gestärkt und grundlose Kriminalisierung von Antifaschist\*innen muss beendet werden. Es ist von großer Bedeutung, dass alle gesellschaftlichen Gruppen immer wieder ein klares gemeinsames Zeichen gegen rechte Umtriebe setzen. Kommunen müssen dafür Sorge tragen, dass rechtsradikale Entwicklungen vor Ort gestoppt, vermindert und verhindert werden. Fachstellen für Rechtsextremismus, politische Bildungsprojekten auf lokaler Ebene und die Förderung weiterer Projekte sowie von Gedenkstätten und Mahnmalen gegen Rechts sind hierfür elementare Mittel.

## Asyl

# Grüne Jugend Hessen

Laut statistischem Bundesamt gab es nie so viele Anschläge und Angriffe auf Asylsuchende sowie ihre Unterkünfte wie in diesem Jahr. Wir stellen uns klar gegen diese Entwicklung und sehen die Menschen, die zu uns kommen, als große Bereicherung an. Leider sieht das nicht jede\*r in der Gesellschaft so. Daher setzen wir uns ein für Pat\*innen-Programme zwischen der Bevölkerung und den Asylsuchenden. Solche Programme steigern die Sensibilisierung für das Thema in der Gesellschaft und helfen den Asylsuchenden bei der Eingewöhnung in der neuen Heimat. Ebenfalls setzen wir uns dafür ein, dass das Thema Asyl und Migration verstärkt in den Schulen behandelt wird und Platz in den Lehrplänen findet, um eine frühe *Sensibilisierung* von Kindern und Jugendlichen zu gewährleisten. Um den bereits zahlreichen ehrenamtlichen, meist in dem Bereich der Sozialarbeit nicht ausgebildeten, Engagierten entgegenzukommen und den Einstieg in die Flüchtlingsarbeit zu erleichtern, müssen Fortbildungsangebote geschaffen werden. Ebenfalls muss die Koordination und Netzwerkarbeit im Bereich Asyl gefördert werden, um z. B. sehr kleinen engagierten Gruppen entgegenzukommen, aber auch bürgerschaftliches Engagement in Vereinen zu fördern.

Beschlossen auf der Sonder-Landesmitgliederversammlung der GJH am 22. August 2015 in Frankfurt am Main.

Um eine schnelle und gute Integration der Asylsuchenden zu unterstützen, fordern wir eine dezentrale Unterbringung in den Kommunen. Ebenfalls ist der Ausbau von Möglichkeiten für Freizeitaktivitäten, fachkundigen Betreuungsangeboten und rechtlichen Unterstützungsangeboten unabdingbar.

Aufgrund des fortschreitenden demographischen Wandels sowie einer alternden Bevölkerung sind wir auf Arbeitskräfte aus dem Ausland angewiesen. Für eine gelungene Integration in den Arbeitsmarkt fordern wir die Schaffung von Ausbildungsplätzen für Asylsuchende. Dafür muss ein Abbau der Bürokratie für Arbeitgeber\*innen und mögliche Arbeitnehmer\*innen erfolgen. Für bereits im Heimatland ausgebildete Asylsuchende fordern wir eine sprachliche Intensivförderung. Ebenfalls müssen politisch verfolgte Wissenschaftler\*innen unterstützt werden, indem ihre Abschlüsse schneller anerkannt werden und sie ihre Forschung hier fortführen dürfen.

### Migration

Wir fordern stärkere Migrant\*innenvereine und Migrant\*innenbeiräte für mehr politische Teilhabe für Menschen mit Migrationshintergrund. Projekte wie Quartierssozialarbeit und interkulturelle Mädchenarbeit müssen langfristig gefördert und ausgebaut werden. Für Rentner\*innen mit Migrationshintergrund fordern wir im Sinne des lebenslangen Lernens bedarfsgerechte Sprachkurse. Ebenfalls fordern wir eine gerechte und angemessene Betreuung in Altenpflegeheimen, z.B. mit muslimischer Seelsorge und mehrsprachigem Personal.

### Gleichstellung von Frauen\*

Für ein gleichberechtigtes Miteinander!

Eine gute Gleichstellungspolitik, die die unterschiedlichen Belange, insbesondere von Frauen\*, in den Blick nimmt und die konkreten Lebenssituationen von Menschen verbessern kann, beginnt auf kommunaler Ebene. Für uns steht dabei die Intersektionalität von Gleichstellungspolitik an erster Stelle, also der Einsatz gegen Mehrfachdiskriminierung. Gleiche Chancen für alle – das bedeutet, dass Frauen\*, die nicht der weißen Mittelschicht angehören, mitgenommen werden. Gesellschaftliche Machtverhältnisse, die zu struktureller und individueller Benachteiligung führen, sind vielschichtig und greifen ineinander: Beispiele dafür sind Rassismus, Antisemitismus, Klassismus, Benachteiligungen aufgrund von Behinderung, Geschlecht, sexueller Orientierung und sexueller Identität. Dies muss sich im Handeln der Kommunen widerspiegeln. Wir setzen uns dafür ein, dass Projekte wie Quartierssozialarbeit, interkulturelle Mädchenarbeit und viele andere Projekte überall langfristig gefördert werden und Rahmenbedingungen, wie z. B. Räumlichkeiten, von öffentlicher Seite zur Verfügung gestellt werden. Beschlüsse der Kommunalverwaltung und des Gemeinderats müssen daraufhin überprüft werden, ob sie dazu beitragen, Benachteiligungen zu beseitigen. Beschlossen auf der Sonder-Landesmitgliederversammlung der GJH am 22. August 2015 in Frankfurt am Main.

abzubauen und Vielfalt in der Kommune zu fördern. Die Einführung einer landesweiten Antidiskriminierungsstelle war hierbei ein guter Anfang.

Die GRÜNE JUGEND Hessen fordert eine gendersensible Kommunalpolitik und die Unterstützung von Frauen\* in der Berufswelt. Die Unterrepräsentation von Frauen\* in kommunalen Gremien können und wollen wir nicht länger hinnehmen. Mit 32,3 Prozent Frauen\*anteil in den Kommunalparlamenten steht Hessen zwar im bundesweiten Vergleich gut dar, doch wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass die Rahmenbedingungen für ein kommunalpolitisches Engagement verbessert werden. So müssen die Sitzungszeiten den zeitlichen Kapazitäten der Mitglieder angepasst werden, eine Kinderbetreuung muss flächendeckend gewährleistet und Frauen\*vernetzungs- und Frauen\*fördermaßnahmen müssen ins Leben gerufen werden. Auch dies sind Aufgaben grüner und feministischer Kommunalpolitik. Die Gleichstellung von Frauen\* und Männern ist auch in den kommunalen Verwaltungen von großer Bedeutung. In den Verwaltungen und Führungspositionen müssen Frauen\* die gleichen Chancen haben wie Männer. Sie sind besonders in den kommunalen Führungspositionen noch immer stark unterrepräsentiert. Das wollen wir ändern und fordern die quotierte Besetzung von Führungspositionen in den Verwaltungen der Kommunen in Hessen sowie deren Gesellschaften und Eigenbetrieben. Um die Stellung der Frauen\*beauftragten zu stärken, streben wir ein Klagerecht bei Gesetzesverstößen und Nichteinhaltung des Frauen\*förderplans, sowie die Einführung von Clearingstellen zur Vernetzung von Frauen\*beauftragten an. Wir setzen uns dafür ein, dass das in Baden-Württemberg sehr erfolgreiche Modell der „Kontaktstellen Frau und Beruf“ auch in Hessen eingeführt wird. Diese Kontaktstellen bieten Frauen\* individuelle Beratung in allen beruflichen Fragen, sie sind Ansprechpartnerinnen für Unternehmen, die sich für Chancengleichheit und die Förderung von Frauen\* einsetzen, und sie schaffen Netzwerke, um die Gleichstellung von Frauen\* zu fördern. Dabei ist uns auch wichtig, dass die Kontaktstellen Schwerpunkte auf Angebote für Wiedereinsteigerinnen und Migrantinnen setzen. Gerade im ländlichen Raum müssen die speziell auf Frauen\* ausgerichteten Beratungs- und Förderangebote rund um das Thema Beruf und Arbeit ausgebaut werden – hier ist das Land gefragt. Um in der jeweiligen Region passende Beratung anbieten zu können, ist lokales Knowhow unabdingbar.

Leider sind Gewalt gegen Frauen\* und sexueller Missbrauch von Frauen\* noch immer keine Seltenheit. Doch viele Frauen\* und Mädchen wissen nicht, wie sie sich in solchen Fällen verhalten sollten und an wen sie sich wenden können. Daher fordern wir Selbstverteidigungskurse für Mädchen und Veranstaltungen zur Gewaltprävention in den Schulen. Obwohl es in allen Landkreisen Beratungsangebote für Frauen\*, Frauen\*häuser und ähnliche Institutionen gibt, wissen viele Frauen\* nicht, wo und wie sie deren Hilfe in Anspruch nehmen können. Des Weiteren sind diese Institutionen nicht immer auch untereinander vernetzt. Aus diesem Grund setzen wir uns für die Schaffung eines runden Tisches für Beratungsstellen, Frauen\*häuser und ähnlichen Angeboten ein.

Beschlossen auf der Sonder-Landesmitgliederversammlung der GJH am 22. August 2015 in Frankfurt am Main.

## LGBTQIA\*

Die Grüne Jugend Hessen fordert Aufklärungsangebote zur sexuellen Vielfalt in allen Schulen. Gerade in der Schule gehört Mobbing von LGBTQIA\* (steht für lesbische, schwule, bisexuelle, transgender, transsexuelle, intersexuelle und queere Menschen) zum Alltag und sollen auch da Thema werden. Wir fordern eine weitere Förderung und den Ausbau der Schulaufklärungs- und Antidiskriminierungsprojekte auf kommunaler Ebene.

Die GRÜNE JUGEND Hessen fordert zentrale Beratungsstellen für LGBTQ in jedem Landkreis. Besonders im ländlichen Raum haben LGBTQ oftmals keinerlei Anlauf- und Beratungsstellen, doch auch in Ballungsgebieten ist der Ausbau ebenjener erstrebenswert. Eine weitere Aufgabe der Beratungsstellen ist die Initiierung von gemeinsamen Freizeitmöglichkeiten für verschiedene Altersstufen. Kommunen sollen lokale Initiativen strukturell und finanziell unterstützen. Denn gerade auf dem Land gestaltet sich die dringend notwendige Vernetzung von LGBTQ als äußerst schwierig.

## STADTPLANUNG

Für eine lebendige Stadt für Jung und Alt!

Die GRÜNE JUGEND Hessen fordert eine sozial-ökologische Stadtentwicklung, bezahlbaren Wohnraum und ein Ende der Flächenversiegelung. Eine zeitgemäße Stadtplanung muss sich an ökologischen und sozialen Zielen orientieren. Klima- und umweltfreundliche Wohnsiedlungen, viele Grünflächen, integrative Viertel und kurze Wege sind hierfür gute Bausteine. Die großzügige Ausweisung von Wohn- und Gewerbegebieten im Außenbereich und den ungebremsten Flächenverbrauch können wir uns nicht mehr leisten. Statt weiter die Umwelt zu zerstören, sollen Städte durch Brachflächennutzung und dem Umbau der Struktur nach innen wachsen, um sich auf diesem Weg zu einem attraktiven Lebensraum entwickeln zu können.

Wir verstehen Städte und Kommunen als Lebensräume für die Menschen, die hier leben. Stadtplanung muss Rücksicht darauf nehmen, dass Freiräume behalten und geschaffen werden. Sei es Spielflächen für Kinder, Auslauflächen für Haustiere, Entspannungsräume für die Ruhe vom Alltag oder Räume zum Zusammentreffen, Feiern und Grillen. Neben öffentlichen Plätzen, brauchen viele Gruppierungen, wie z.B. sozial und politisch Engagierte, Räume, um sich treffen zu können. Wir wollen in den Kommunen ein bedarfsorientiertes und kostenloses Angebot an Räumen und Treffpunkten gerade für junge Menschen schaffen.

Wir unterstützen die Idee der nachhaltigen Begrünung öffentlicher Flächen und verstehen diese als Teil des Lernprozesses zu einem ökologischeren und bewussteren Umgang mit unserer Umgebung. Wir fordern die Kommunen auf, brachliegende Flächen für Gemeinschaftsgärten zur Verfügung zu stellen. Urban Gardening ist für uns nicht nur ein Beschlossen auf der Sonder-Landesmitgliederversammlung der GJH am 22. August 2015 in Frankfurt am Main.

umweltpolitischer Beitrag, sondern auch ein Beitrag, um die Gemeinschaft in der Kommune zu stärken, Kennenlernen, Austausch und Integration zu fördern und den Einwohner\*innen den selbstbestimmten und gemeinschaftlichen Anbau von Lebensmitteln zu ermöglichen.

### Legalize it!

Gebt endlich das Hanf frei!

Der Bezirk Berlin-Friedrichshain hat einen „Antrag auf Erteilung einer Erlaubnis nach § 3 des Betäubungsmittelgesetzes (BtMG) Regulierter Verkauf von Cannabis" gestellt, der sich leicht auf andere Landkreise und kreisfreie Städte adaptieren lässt. Wir unterstützen eine Freigabe von Cannabis seit unserer Gründung und werden uns auch vor Ort für Modellversuche stark machen.

### VERKEHR

Für einen bedarfsgerechten, nachhaltigen und ökologischen Verkehr!

Gerade für junge Menschen in Hessen ist Mobilität ein tägliches und oftmals leidiges Thema. Wir orientieren uns am Prinzip vom Vermeiden, Verlagern, und Verbessern. Vermeiden wollen wir, dass Politik sich nur um den motorisierten Individualverkehr kümmert. Gerade in Großstädten sollen kurze Wege am attraktivsten für Fußgänger\*innen, Fahrradfahrer\*innen, Skater\*innen, und für die Nutzer\*innen öffentlicher Verkehrsmittel sein. Dies würde in Städten die Belastung durch Lärm und Luftverschmutzung massiv verringern.

Bei jeder Straßenplanung muss die Sicherheit von Fußgänger\*innen und Fahrradfahrer\*innen größten Vorrang haben. Daher wollen wir einen Vorrang von "Tempo 30"-Zonen und einen massiven Ausbau von verkehrsberuhigten Zonen, insbesondere vor Schulen, Kindergärten und Spielplätzen. Fahrradwege müssen besser ausgebaut werden und Schnellradwege geschaffen werden.

An allen Bahnhöfen, aber auch anderen Knotenpunkten, sollen bessere Fahrradunterstellungen gebaut werden, welche auch einen besseren Schutz vor Diebstählen bieten.

Gerade auf längeren Strecken sind wir auf einen funktionierenden ÖPNV angewiesen, und zum Funktionieren gehört für uns dazu, dass alle Menschen einen bezahlbaren Zugang haben. Besonders dringend brauchen wir hier eine Reform des Tarifsystems und eine Unterstützung der Kommune n, die darauf hinwirken. Statt weiterer Fahrpreiserhöhungen streben wir eine Senkung der Preise und eine Steigerung der Attraktivität an. In Anlehnung an das "Wiener Modell" fordern wir, dass in Zukunft für

Beschlossen auf der Sonder-Landesmitgliederversammlung der GJH am 22. August 2015 in Frankfurt am Main.

einen jährlichen Pauschalbeitrag von jedem und jede\*r jährlich alle öffentlichen Verkehrsmittel in ganz Hessen genutzt werden können. Außerdem fordert die Grüne Jugend Hessen in den Zügen die 1. Klasse abzuschaffen. Diese blockieren in überfüllten Waggons oft Platz, der für wenige Privilegierte frei gehalten wird.

Einige hessische Landkreise haben bereits kreisweite Schüler\*innentickets im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) eingeführt und damit Jugendlichen kostengünstige und umweltfreundliche Flexibilität ermöglicht. Wir begrüßen dies sehr und werden uns dafür einsetzen, dass weitere Landkreise nachziehen. Der nächste Schritt aber muss sein, dass die Schüler\*innentickets hessenweit uneingeschränkte Mobilität bieten.

Insbesondere in den Rand- und Nachtstunden an Wochenenden zeigt sich der ÖPNV als nicht bedarfsgerecht. Wer eine Bar oder eine Disko besuchen möchte, wird am Ende des Abends oftmals keinen Bus oder keine Bahn für den Weg nach Hause finden. Um Jugendlichen eine bezahlbare und sichere Alternative zum motorisierten Individualverkehr zu bieten, fordern wir, dass das Konzept „Jugendtaxi“ nach dem Vorbild des Landkreises Limburg-Weilburg auch in weiteren Landkreisen umgesetzt wird.

Der ÖPNV stellt eine Chance für Auto-reduzierte Kommunen dar. Ein umlagefinanzierter ÖPNV muss in einer immer älter werdenden Gesellschaft als öffentliche Daseinsvorsorge angesehen werden. Dabei ist insbesondere auch die Vernetzung zwischen den Kommunen zu verbessern, sodass auch zum Beispiel kulturelle Angebote in Nachbarkommunen wahrgenommen werden können. Hierbei streben wir langfristig Schnellbussysteme zwischen größeren Kommunen an.

Bei neuen Ausschreibungen von Bussen wollen wir statt Vergaben an Diesel betriebene Busse, dass auf Elektro-, Wasserstoff-, oder Erdgasantriebe gesetzt wird. Fernbusse stellen heute eine günstige und attraktive Alternative zur Bahn dar. Alles andere als attraktiv sind aber viele Fernbusbahnhöfe, sofern sie überhaupt vorhanden sind. Wir fordern einen raschen Ausbau solcher Haltestellen, damit Fernbusreisende nicht weiter im Regen stehen.

## Auto

Viele Menschen sind noch auf den Individualverkehr angewiesen, daher sollten Kommunen Car-Sharing Projekte unterstützen. An ÖPNV-Knotenpunkten müssen Parkplätze so ausgebaut werden, dass ein reibungsloser Übergang möglich ist. Daher setzen wir uns dafür ein, dass Park-and-ride-Parkplätze ausgebaut werden, damit nur ein Teil der Strecke mit dem Auto gefahren werden muss. An bestehenden Parkplätzen und öffentlichen Einrichtungen wollen wir Ladestationen für Elektroautos errichten, um diese emissionsfreie Art des Individualverkehrs zu fördern. Die Innenstädte sollen wieder zu Beschlossen auf der Sonder-Landesmitgliederversammlung der GJH am 22. August 2015 in Frankfurt am Main.

echten Shoppingmeilen für Fußgänger\*innen werden, weshalb wir in Innenstädten von Gebieten die über ausreichend umfangreiche ÖPNV Angebote verfügen Parkflächen einschränken und kostenloses Parken weitestgehend abschaffen wollen. Eine finanzielle und übermäßige zeitliche Mehrbelastung von Arbeitnehmer\*innen lehnen wir hierbei strikt ab. Umgehungsstraßen lehnen wir ab, wenn nicht eindeutig nachgewiesen wird, dass die Innenstädte durch die Umgehung stark entlastet werden. Um die Belastung durch Abgase, Feinstaub und Lärm durch den Autoverkehr für die Anwohner\*innen zu verringern, streben wir auf allen Straßen innerorts eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30km/h an. Auch durch diese Maßnahme werden die Sicherheit der Passant\*innen und die Lebensqualität in der Stadt erhöht.

### Zugverkehr

Alle Menschen müssen Zugang zum öffentlichen Nahverkehr haben. Deswegen fordern wir, dass alle Bahnhöfe in kürzester Zeit barrierefrei ausgebaut und modernisiert werden. Während im Rhein-Main-Gebiet derzeit mehrere wichtige Schieneninfrastrukturprojekte geplant oder umgesetzt werden (Nordmainische S-Bahn, Regionaltangente West, Verlängerung der U5 uvm.) werden Zugverbindungen auf dem Land reduziert. Dies ist der vollkommen falsche Weg, denn Projekte wie die Taunusbahn oder die Reaktivierung der Zugverbindung Frankenberg-Korbach zeigen, dass ein attraktives Nahverkehrsangebot auch auf dem Land viele Menschen zum Wechsel vom Auto zur Bahn bringt. Deswegen fordern wir, dass auch abseits der großen Städte Zugverbindungen verstärkt und alte Strecken reaktiviert werden.

Um den Zugverkehr attraktiver zu gestalten, fordern wir einen freien WLAN-Zugang in allen Zügen und Bahnhöfen.

### Infrastruktur

Vor dem Bau neuer Straßen favorisieren wir die Instandsetzung bestehender, renovierungsbedürftiger Straßen und Brücken. Zudem regen wir an, dass bei jeder Renovierung und jedem Neubau geprüft wird, ob sich eigene Fahrspuren für Fahrradfahrende realisieren lassen. Beim Bau lehnen wir PPP Modelle („Public-Private-Partnership“-Projekte, die langfristig nur die privaten Investor\*innen begünstigen und den öffentlichen Träger\*innen jedoch Mehrkosten entstehen lassen) ab.



## E-Mobilität

Im Sinne einer zukunftsorientierten und umweltfreundlichen Verkehrspolitik beabsichtigen wir eine intensivere Förderung von E-Mobilität in hessischen Kommunen und Landkreisen. Dabei haben die Kommunen einen großen Spielraum: Von kostenfreien Parkflächen für E-Fahrzeuge, dem Freigeben von Busspuren bis hin zur Anschaffung von Elektroautos als Dienstfahrzeuge gibt es viele Möglichkeiten. Ein Nadelöhr bleiben die wenigen Stromtankstellen. Deswegen fordern wir einen massiven Ausbau von Lademöglichkeiten. Wir fordern, dass beim Neubau von Parkhäusern oder Parkplätzen ab einer gewissen Größe, Lademöglichkeiten für E-Autos und E-Bikes geschaffen werden.

## Fahrradverkehr

Das Fahrradfahren als klimaneutrales und gesundes Fortbewegungsmittel wurde in den letzten Jahren und Jahrzehnten viel zu sehr vernachlässigt. Wir wollen daher Schnellradwege errichten, die Städte und Gemeinden miteinander verbinden. Des Weiteren sollen Fahrradschutzstreifen auf den Verkehrsadern innerorts zum Standard werden. Um die Vernetzung mit Bus und Bahn zu fördern, müssen an Bahnhöfen und zentralen Bushaltestellen mehr Fahrradstellplätze eingerichtet werden. Auch müssen Züge konsequent die Möglichkeit bieten, Fahrräder ohne zusätzliche Fahrtkosten mitzunehmen. Darüber hinaus wollen wir Fahrradleihsysteme in den Städten ansiedeln, die auch für den Tourismus förderlich sind.

## UMWELT

Still loving Öko!

Wälder spielen für unsere Erde und auch für die Lebensqualität der Menschen in jeder Kommune eine große Rolle. Daher fordern wir eine naturnahe Forstwirtschaft. Mit Sorge sehen wir, dass gerade in den urbanen Regionen Hessens der Anteil an bewaldeten Flächen zurückgeht, obwohl er gerade dort essentiell ist für die Lebensqualität. Wir fordern, dass die Wälder nicht nur in ländlichen Räumen wachsen sollen, sondern auch im Rhein-Main-Gebiet!

Um die Artenvielfalt zu unterstützen, fordern wir, dass brachliegende und ungenutzte Flächen nicht einfach sich selbst überlassen werden. Sie sollen in einen natürlichen Zustand versetzt werden oder so umgestaltet werden, dass sie Tieren und Pflanzen eine natürliche Umgebung bieten. Ein oft wenig beachtetes Umweltproblem stellt der teils massive Flächenverbrauch dar, wenn Kommunen z.B. neue Gewerbegebiete oder Wohnsiedlungen ausweisen. Anstatt dass Kommunen immer weiter hinaus auf die „grüne Wiese“ wachsen und zersiedeln, fordern wir den Erhalt von den Innenstädten und Ortskernen.

Beschlossen auf der Sonder-Landesmitgliederversammlung der GJH am 22. August 2015 in Frankfurt am Main.

Wir setzen uns dafür ein, dass Plastiktüten aus dem Einzelhandel und der Gastronomie verschwinden. Stattdessen sollen kompostierbaren Tüten, die beispielsweise aus Maisstärke hergestellt werden oder Mehrwegtaschen nehmen ihren Platz ein.

Der Klimawandel stellt auch die Kommunen vor große Herausforderungen. Einerseits muss noch deutlich mehr Strom aus Erneuerbaren Energien gewonnen werden, hier sehen wir auch die Kommunen in der Verantwortung und fordern ein eigenes wirtschaftliches Engagement in diesem Bereich, andererseits besteht noch viel Potenzial zum Einsparen von Energie. Außerdem müssen sich vor allem größere Städte an den beginnenden Klimawandel anpassen. Die Schaffung von Frischluft-Schneisen sowie von Hausbepflanzungen kann Erleichterung gegen die Hitzerekorde in den Hochhausschluchten bringen. Kommunen sollten bei den Ausschreibungen zur Energieversorgung ihrer öffentlichen Gebäude ökologische Kriterien deutlich stärker berücksichtigen. Zudem fordern wir auf die Fuhrparks der Kommunen schrittweise auf E-Mobilität umzustellen. Mit individuellen Klimaschutzkonzepten kann jede Kommune ihren wichtigen Beitrag leisten.

## WIRTSCHAFT

Für eine nachhaltige kommunale Wirtschaftspolitik!

Im Jahr 2013 hatten die hessischen Kommunen etwa 24,55 Mrd. Euro Schulden, was einer Pro-Kopf-Verschuldung von etwa 4.047 Euro pro Einwohner\*in entspricht. Um die Ausgaben der Gemeinden zu senken, befürworten wir eine ausführlichere Interkommunale Zusammenarbeit, schließlich braucht nicht jede Gemeinde ein eigenes Tierheim oder einen eigenen Bauhof. Obwohl es um die meisten Haushalte der hessischen Kommunen nicht sehr gut bestellt ist, werden zum Teil überdimensionierte Bauvorhaben auf Kosten der nachfolgenden Generationen realisiert. Wir stehen für den Verzicht auf unnötige Prestigeobjekte. Bürger\*innen-Haushalte können dazu beitragen Haushalte sozialer und zukunftsweisender zu gestalten.

Kritisch sehen wir die sehr unterschiedliche Höhe der Gewerbesteuer in den hessischen Kommunen. Es darf nicht sein, dass einige wenige Städte mit sehr niedrigen Steuersätzen viele Unternehmen anlocken und somit ihren Nachbarkommunen schaden.

Eine schnelle Internetverbindung fördert nicht nur eine hohe Lebensqualität, sondern ist auch ein substanzieller Standortfaktor für moderne Wirtschaftszweige. Darum streben wir einen lückenlosen Ausbau zeitgemäßer Breitbandanschlüsse – auch in ländlichen Regionen – an.

## BILDUNG

Für eine Bildungspolitik, die alle mitnimmt!

Zwar ist Bildungspolitik eine Angelegenheit des Landes, dennoch haben die Landkreise und kreisfreien Städte als Schulträgerinnen eine große Einflussmöglichkeit, die Bildung vor Ort zu gestalten.

Die ersten Jahre legen den Grundstein für die Entwicklung eines Menschen. Deshalb ist nach unserer Ansicht der Ausbau und die Förderung von qualitativ hochwertigen Bildungsangeboten für Kinder ab dem ersten Lebensjahr unverzichtbar. Ein flächendeckendes Angebot ist für uns die Basis der Chancengerechtigkeit. Wir meinen, dass eine verpflichtende Kindergarten-Teilnahme spätestens im letzten Jahr vor der Einschulung notwendig ist, um allen Kindern die Möglichkeit zu bieten, mit der gleichen Vorbildung in den Grundschulunterricht einzusteigen. Dies kann jedoch nur durch gut ausgebildete Erzieher\*innen gewährleistet werden. Wir setzen uns daher für flächendeckende kommunale Aus- und Weiterbildungen für Erzieher\*innen ein.

Ein bedarfsdeckender Ausbau der Ganztagsplätze in Grund- und weiterführenden Schulen ist für uns essentiell. Ebenfalls fordern wir die kommunalen Entscheidungsträger\*innen dazu auf, sich endlich vom ausgrenzenden mehrgliedrigen Schulsystem zu verabschieden und auf eine inklusive Gemeinschaftsschule zu setzen! Durch die angestoßene regionale Schulentwicklung werden manche Kleinkommunen Schulstandorte verlieren. Für uns gilt hier der alte Grundsatz: „Kurze Beine, kurze Wege“. Grundschulkindern sollten einen möglichst kurzen Weg zur Schule haben.

Auch für die weiterführenden Schulen kann die Gemeinschaftsschule eine gute Alternative sein, um interkommunal zentrale Schulstandorte zu erhalten. Die rhythmisierte Ganztagschule muss endlich zum Standard in ganz Hessen werden, damit die Schule Lern- und Lebensraum wird. Um ein vielfältiges Angebot für die Schüler\*innen zu gewährleisten und das Aussterben von Vereinen zu verhindern, gilt es, die Kooperationen mit ortsansässigen Musikschulen und Vereinen auszubauen. In diesem Zusammenhang muss auch die Verknüpfung schulischer und außerschulischer Lernorte vorangetrieben werden. Nur durch den Ausbau der Ganztagschulen kann eine flächendeckende Betreuung der Schüler\*innen am Nachmittag gewährleistet werden. Für Grundschüler\*innen muss bei Bedarf zusätzlich eine Betreuung vor Schulbeginn gewährleistet werden. Durch die Betreuung an Ganztagschulen bekommt die Verpflegung der Schüler\*innen einen neuen Stellenwert. Wir setzen uns daher für die Versorgung in einer Schulmensa mit regionaler, saisonaler, biologischer und ausgewogener Ernährung ein.

Die Kommunen dürfen ihre Schulgebäude nicht verrotten und die Lehrmaterialien veralten lassen. Die Ausstattungen der Schulen müssen voll funktionsfähig und zeitgemäß. Beschlossen auf der Sonder-Landesmitgliederversammlung der GJH am 22. August 2015 in Frankfurt am Main.

sein. Bei der Digitalisierung der Gesellschaft müssen auch die Schulen mithalten, damit Schüler\*innen möglichst früh eine hohe Medienkompetenz beigebracht wird. Um der erstarkten Rolle der Informationstechnologie und Medien Rechnung zu tragen, muss der kritische Umgang damit gelernt werden. In diesem Zusammenhang ist die Einführung und der Ausbau sogenannter Medienzentren für Schulen, die als Sammelstelle für digitales Unterrichtsmaterial anzusehen sind, angebracht. Die digitalen Medien können das Schulleben erleichtern, ersetzen jedoch nicht die eigene praktische Erfahrung.

Ebenso wie das Lehr- und Lernmaterial, müssen auch die Schulgebäude hohe Kriterien erfüllen. Der Um- und Neubau von Schulgebäuden muss nach hohen ökologischen und energetischen Standards erfolgen. Den Bau von bzw. die Sanierung zu Niedrigenergiegebäuden, sowie die Versorgung durch erneuerbare Energien halten wir an dieser Stelle für sinnvoll. Des Weiteren müssen die Schulen mit attraktiven Angeboten zum Energiesparen angehalten werden. Dies kann z.B. durch ein 50/50-Projekt erfolgen, bei dem die Schulen die Hälfte des gesparten Geldes zur freien Verfügung bekommen. Dabei müssen die Ausstattungen der Schulen ein ähnliches Niveau haben, große finanzielle Unterschiede zwischen den einzelnen Schulen sind nicht tragbar und müssen angeglichen werden.

Kinder und Jugendliche müssen an Schulen ein respektvolles und tolerantes Miteinander lernen. Aus diesem Grund ist eine gut ausgebaute und kompetente Sozialarbeit unverzichtbar. An jeder Schule müssen genügend Sozialarbeiter\*innen für die Probleme der Schüler\*innen, Lehrer\*innen und Eltern zur Verfügung stehen. Die Teilnahme an Klassenfahrten, -ausflügen oder anderen schulischen Veranstaltungen darf nicht abhängig von der finanziellen Situation der Familien sein. Finanziell schwache Familien müssen bei derartigen Ausgaben z.B. durch die Einführung von schulinternen Stiftungen unterstützt werden. Die Schüler\*innen müssen bereits in der Schule die demokratischen Grundlagen lernen, am besten anhand eigener praktischer Erfahrungen. Durch Engagement in Schüler\*innenvertretungen lernen sie schon frühzeitig, Verantwortung für sich und andere zu übernehmen. Durch diese „gelebte Demokratie“ erfahren die Schüler\*innen mehr über politisches und soziales Handeln, als im Politik- oder Sozialunterricht beigebracht werden kann. Die Schüler\*innen müssen über die Kreisschülervertretung oder eigene Schüler\*innenparlamente auch bei kommunalpolitischen Entscheidungen, die sie direkt betreffen, ein Mitspracherecht haben.

Wir begrüßen es, wenn Schulen Partnerschaften mit anderen Schulen in der Welt pflegen. Außerdem können Projekte mit Asylsuchenden den Schüler\*innen ein tolerantes Zusammenleben lehren. Die kann z.B. im Zusammenhang mit kommunalen Sprachförderprogrammen geschehen.

Beschlossen auf der Sonder-Landesmitgliederversammlung der GJH am 22. August 2015 in Frankfurt am Main.

## KOMMUNALE AUßENPOLITIK

Für eine demokratische und freie Welt ohne Grenzen!

Energie- und Wasserversorgung, Müllentsorgung und Abwasserklärung, Feuerwehr, Friedhöfe, ÖPNV, Krankenhäuser, Altenheime und die Pflege von öffentlichen Parks und Plätzen sind Gemeinwohl und müssen sich an den Interessen der Menschen vor Ort orientieren, nicht an den Bilanzen von Großkonzernen. Das schafft Arbeitsplätze vor Ort und sorgt für mehr demokratische Kontrolle und Transparenz. Wir fordern, dass diese öffentlichen Aufgaben in den Händen der Kommunen bleiben und nicht an private Konzerne verkauft werden. Das ist insbesondere im Bereich der Energieversorgung sehr wichtig, denn nur wenn Kommunen ein eigenes Stadtwerk betreiben, können sie den Monopolkonzernen etwas entgegensetzen und konsequent in den Ausbau erneuerbarer Energien und den der Kraft-Wärme-Kopplung investieren.

Leider werden in vielen Entwicklungs- und Schwellenländer noch immer viele Menschen ausgebeutet. Kinderarbeit und Hungerlöhne sind in vielen Ländern keine Ausnahme, sondern die Regel. Deswegen ist es sinnvoll bei Konsumgütern und Ausschreibungen öffentlicher Baumaßnahmen auf die Herkunft und auf die Produktionsweisen zu achten. Der Grundsatz „Global denken, lokal handeln“ gilt für Privatpersonen wie auch Kommunen. Einige Kommunen fördern bereits den Handel mit „Fair Trade“-Produkten. Daher streben wir die Etablierung möglichst vieler Fair-Trade Städte in Hessen an.

Als Teil der kommunalen Außenpolitik und als Beitrag zur Völkerverständigung fordern wir Städtepartnerschaften mit Städten in Afrika sowie im Nahen und Mittleren Osten.

Grüne Jugend Hessen